



Bei einem Manöver in Polen haben Nato-Staaten kürzlich den Abwurf von Militärmaterial per Fallschirm geübt. ZMIJEWSKI / EPA

Das Nato-Bündnisgebiet in Europa



Truppen in den Osten, den Blick nach Süden

Die Nato treibt am Gipfeltreffen in Warschau ihre strategische Neuausrichtung voran

Vier Nato-Bataillone sollen im östlichen Bündnisgebiet Flagge zeigen und Russland auf Distanz halten. Im Süden sucht die Allianz nach ihrer Rolle – und trotz Brexit die Nähe zur EU.

NIKLAUS NUSPLIGER, BRÜSSEL

Unerschütterlich betont der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in diesen Tagen, dass der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs keinerlei Folgen für die Nato haben werde. Tatsächlich bleibt die Atomkraft Grossbritannien ein Schlüsselland der Nato und ein transatlantisches Bindeglied. Doch aus aussereuropäischer und nicht zuletzt russischer Perspektive sind EU und Nato zwei Seiten der gleichen Medaille. Insofern ist die ganze westliche Nachkriegsordnung nach dem Brexit-Votum geschwächt. Für zusätzliche Unsicherheit sorgt die Drohung Donald Trumps, im Falle einer Wahl zum amerikanischen Präsidenten das Engagement der USA in Europa dramatisch zurückzufahren.

Wenn sich am Freitag und Samstag die Staats- und Regierungschefs der 28 Nato-Staaten in Warschau zu ihrem Gipfeltreffen einfinden, werden sie daher signalisieren wollen, dass sich der Westen weder spalten noch schwächen lässt. Dies umso mehr, als die innenpolitischen Umwälzungen in wichtigen Mitgliedstaaten die Nato in einer Zeit heimsuchen, in der sich das Bündnis mitten in einer strategischen Neuorientierung befindet. Nach der Gründung 1949 hatte während vierzig Jahren der Kalte Krieg den Daseinszweck der Nato gestiftet. Neuen Sinn fand das Bündnis nach dem Fall der Berliner Mauer in der Osterweiterung und in Kriseneinsätzen ausserhalb des Bündnisgebiets.

Gefahren in der Nachbarschaft

Doch am letzten Nato-Gipfel in Wales 2014 wurde wiederum eine Neuausrichtung eingeleitet. Einerseits reagierte die Nato auf die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Moskau. Andererseits legte die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) 2014 den Grundstein für ihre territoriale Basis – in der Folge verübte der IS in Frankreich, Belgien oder der Türkei Anschlag um Anschlag. Die Nato schlägt sich wieder mit Sicherheitsbedrohungen direkt vor der Haustür herum.

Zur Abschreckung gegen Russland hat das Bündnis Pflöcke eingeschlagen, die in Warschau gefestigt und ergänzt

werden sollen. In Wales beschlossen die Regierungschefs die Schaffung einer «Speerspitze», um die Reaktionsfähigkeit der schnellen Eingreiftruppe der Nato zu verbessern. Die «Speerspitze» umfasst rund 5000 Mann und kann innert 48 Stunden ins ganze Bündnisgebiet entsandt werden. Entlang der Ostflanke wurden Nato Force Integration Units aufgebaut. Diese mit je rund 40 Soldaten bemannten Hauptquartiere sind für die Aufnahme der «Speerspitze» zuständig, die dort Material und Infrastruktur vorfinden soll.

Ergänzung der «Speerspitze»

Dennoch: Käme es in einem östlichen Bündnisstaat zu einem russischen Angriff, müsste die «Speerspitze» zuerst anreisen. Der wichtigste Beschluss von Warschau wird daher die «Vorne-Präsenz» sein, die das Abwehrdispositiv vervollständigt. Konkret soll je ein robustes multinationales Bataillon von bis zu 1000 Soldaten nach Polen, Litauen, Lettland und Estland entsandt werden. Im Südosten soll es laut Gene-

ralsekretär Stoltenberg eine ähnliche Lösung geben, die auf einer multinationalen Brigade in Rumänien basiert.

Der Beschluss der «Vorne-Präsenz» ist längst aufgegleist, in Warschau geht es noch um operationelle Fragen sowie um symbolische Ankündigungen. Offiziell bekanntgegeben wird, in welchem der vier Gastländer die USA, Kanada, Deutschland und Grossbritannien als Führungsnationen der Bataillone fungieren und welche Nato-Alliierten sich wo beteiligen. Das amerikanische Engagement erfolgt zusätzlich zur Stationierung einer rotierenden Brigade in Europa im Rahmen der European Reassurance Initiative (ERI), wie der amerikanische Nato-Botschafter Douglas Lute betont. Die ERI ergänze die Aktivitäten der Nato im Osten, sei aber eine rein nationale Initiative.

Die militärische Bedeutung der vier Nato-Bataillone sollte man nicht überschätzen. Zwar würde Russland bei einem Angriff unmittelbar auf Nato-Soldaten treffen, was eine abschreckende Wirkung erzeugen soll. Im Ernstfall aber könnte ein Bataillon gegen die rus-

sische Übermacht wenig ausrichten und einen Einmarsch im besten Fall verzögern, bis die «Speerspitze» und später weitere Truppen nachrückten.

Insofern ist der defensive Charakter der «Vorne-Präsenz» offensichtlich, auch wenn dies nicht mit dem Moskauer Propagandabild einer expansiven Nato übereinstimmt. Die Nato ist trotz den Völkerrechtsverletzungen Russlands krampfhaft darum bemüht, sich an den Wortlaut der Nato-Russland-Akte von 1997 zu halten, die keine substanziellen Nato-Truppenstationierungen an der Ostflanke zulässt. Darum hält die Nato die Zahl der entsandten Soldaten so gering und lässt sie nach sechs bis neun Monaten rotieren. Parallel zur Abschreckungspolitik sucht sie auch den Dialog im Rahmen des Nato-Russland-Rats.

Verzerrt ist der russische Blick auch auf den Nato-Raketen-Abwehrraum. Nach der Eröffnung der Basis im rumänischen Deveselu soll in Warschau die «erste Einsatzfähigkeit» festgestellt werden. Obwohl der Schirm auf die Abwehr iranischer Atomraketen ausgerichtet ist, fasst ihn Russland als Bedrohung auf.

Vager als die Abschreckungspolitik im Osten ist die Nato-Strategie für die südliche Nachbarschaft. Mit dem Konzept der «Stabilitäts-Projektion» anerkennt die Allianz, dass die Stabilisierung der Nachbarschaft die Sicherheit im Bündnisgebiet verbessert. Zwar sind alle Nato-Staaten in der einen oder anderen Form an der von den USA angeführten Koalition gegen den IS beteiligt. Doch hat sich die Nato bisher gescheut, eine direkte Rolle zu übernehmen. In Warschau wird nun ein Grundsatzentscheid zur Frage erwartet, wie die Nato ihre mit moderner Radar- und Kommunikationstechnik ausgestatteten Awacs-Flugzeuge der Anti-IS-Koalition zur Verfügung stellen kann.

Hybride Bedrohungen

Laut dem britischen Nato-Vizebotschafter Paul Johnston geht die neue Nato-Strategie über das militärische Krisenmanagement hinaus und setzt viel stärker als bis anhin auf Kooperation. Das Modell ist die Überwachungsmission in der Ägäis, mit der die Nato im Februar direkt in die Flüchtlingskrise eingegriffen hat und seither mit der EU, deren Grenzschutzagentur Frontex und nationalen Küstenwachen kooperiert. In Warschau soll nun die Nato-Mittelmeer-Operation «Active Endeavour», die als Reaktion auf die Attentate vom 11. September 2001 lanciert wurde, auf eine neue Grundlage gestellt werden. Dies würde es der Nato ermöglichen, Seite an Seite mit der EU-Anti-Schlepper-Mission «Sophia» bei der Ausbildung der libyschen Küstenwache oder bei der Durchsetzung des Uno-Waffenembargos gegen Libyen tätig zu werden.

Die traditionell von Rivalitäten geprägte Beziehung zwischen Nato und EU soll über die Flüchtlingskrise hinaus grundlegend verbessert werden. Das russische Vorgehen in der Ukraine hat gezeigt, dass ein Krieg heute hybride Formen annimmt, in denen sich Waffengewalt mit Desinformation, Agitation oder Cyber-Attacken verbindet. Hybride Bedrohungen erfordern koordinierte Antworten militärischer und ziviler Stellen. Nachdem Stoltenberg und die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini in den letzten Monaten den Boden für eine verstärkte Kooperation geebnet haben, soll in Warschau eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden. Dass der Brexit mit diesem geplanten qualitativen Sprung in den EU-Nato-Beziehungen zusammenfällt, erhöht die Notwendigkeit der Kooperation. Es wächst aber auch die Gefahr, dass die Zusammenarbeit ein Papiertiger bleibt.

Russlands Grossmachtanspruch und Wagenburgmentalität

daw. Moskau · Die Beziehungen sind so zerrüttet wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr: Russland und die Nato bezichtigen sich gegenseitig der Provokation und verteidigen die eigenen Aktionen als defensiv. Moskau wähnt dabei ein expansives Heranrücken der atlantischen Allianz an seine Westgrenze im Gang. Die Nato wird mit Hinweis auf die Kriege in Serbien 1999 oder Libyen 2011 als destruktives Angriffsbündnis angeprangert. Bezogen auf Russland spricht Präsident Wladimir Putin von einer «absolut verächtlichen Haltung» der Nato. Russische Medien berichten hysterisch von einer neuen «westlichen Front». Nato-Manöver wie kürzlich in Polen werden kurzerhand mit dem «Unternehmen Barbarossa» verglichen, dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion vor 75 Jahren.

Russland ist an seiner Westgrenze nicht untätig. Für besonderes Aufsehen sorgte im Januar die Ankündigung von Verteidigungsminister Sergei Schoigu, bis Ende 2016 in den Militärbezirken West und Süd drei neue Divisionen mit insgesamt 30 000 Mann aufzubauen. Ausserdem ist von drei neuen Basen bei Klinzy, Soloti und Bogutschar, alle unweit von der Ukraine, die Rede. Hinzu kommen intensiviertere Aktivitäten, von der Arktis im Norden über das Baltikum

bis zum Schwarzen Meer im Süden. Dazu zählen Gefechtsübungen wie Tests zur Überprüfung der Mobilisierungsbereitschaft. Die russischen Manöver übertreffen dabei umfangmässig die jeweils angekündigten Nato-Übungen meist um ein Vielfaches und werden, wie zuletzt im Juni, ohne vorgängige Information des Westens angesetzt. Für zusätzliche Nervosität sorgen Moskauer Überlegungen, taktische Iskander-Raketen dauerhaft in die Exklave Kaliningrad und auf die Krim zu verlegen.

Alte Bedrohungsszenarien feiern im heutigen Russland Renaissance. In vielen Diskussionen ist die Wagenburgmentalität spürbar, im Fernsehen wird oft behauptet, dass der Westen nur darauf lauere, Russland zu schwächen, oder dass die Ukraine kein Staat sei, sondern nur ein Satellit westlicher Akteure. Doch auch in der offiziellen Militärdoktrin werden die Nato und die USA als grösste Gefahren identifiziert, darüber hinaus ausländisch gesteuerte «Farbrevolutionen». Sachliche Militärexperten in Russland warnen jedoch vor einer Fixierung auf die Nato und einer Überschätzung der Fähigkeiten Russlands.

Diverse Manöver, die Modernisierung von Waffensystemen und deren Dislozierung innerhalb des Landes können auch in Zusammenhang mit verän-

derten Strukturen der russischen Streitkräfte stehen. Seit 2008 läuft, nicht ohne Probleme, eine tiefgreifende Militärreform. Auch gibt es Zweifel, ob sich alle vom Militär angekündigten Ausbaupläne angesichts der Wirtschaftsprobleme verwirklichen lassen und ob überhaupt genug Soldaten zur Verfügung stehen. Es muss laut Experten daher stets zwischen propagandistischen Finten und den realen militärischen Möglichkeiten unterschieden werden.

Tatsächlich sind aus dem Kreml im Vergleich zur Jubelstimmung nach der Krim-Annexion heute weniger martialische Töne zu hören. Auch wird Putin nicht müde zu betonen, Russland stelle keine Gefahr für die baltischen Länder dar. Angesichts des verstärkten Grossmachtanspruchs Russlands, der Zäsur von 2014 und des noch immer anhaltenden Krieges im Donbass ist die Skepsis gegenüber solchen Aussagen gross. Für russische Kommentatoren ist so klar, dass ohne eine Regelung des Ukraine-Konflikts keine Normalisierung mit dem Westen und der Nato möglich ist. Entsprechend nüchtern sieht auch Moskau dem Nato-Gipfel entgegen. Erst danach soll es wieder zu einem Treffen des Nato-Russland-Rats kommen – je nach Tonalität in Warschau wäre eine Moskauer Absage indes nicht überraschend.